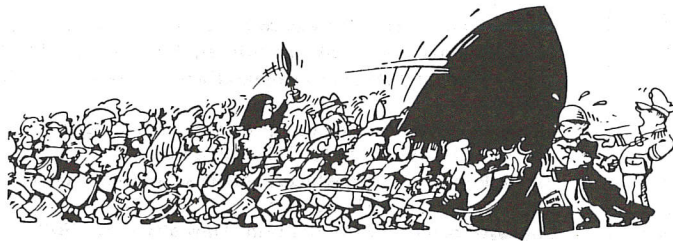


RUNDBRIEF '84

STOP!

PERSHING II CRUISE MISSILES



Koordinationsausschuß
Estermannstraße 179
5300 Bonn 1
Tel. 0228/ 67 82 31
und 0228/ 67 82 32

Die Weichen für 1984 sind gestellt!

Auch 1984 wird wieder ein Jahr der friedenspolitischen Offensive werden. Die 5. Aktionskonferenz der Friedensbewegung hat hierfür am 11./12. Februar in Köln wichtige Weichen gestellt. In einer gemeinsamen Plattform wurden Perspektiven und Aufgaben der Friedensbewegung für die kommenden Monate aufgezeigt. Mit jeweils großer Mehrheit beschloß die Konferenz die Durchführung einer großangelegten Volksbefragungs-Kampagne und eine Kampagne zur Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen.

Mit ca. 1500 Teilnehmern war die Kölner Februar-Konferenz die bislang größte ihrer Art. Schon allein diese Zahl macht deutlich, daß allen Unkenrufen und Spekulationen der Rechtspresse zum Trotz von Spaltung oder gar Resignation nicht die Rede sein kann.

Dies belegen sowohl die inhaltlichen Ergebnisse der Konferenz, wie sie in der gemeinsamen Plattform ihren Niederschlag fanden, als auch die aktionsorientierten Beschlüsse zur Volksbefragungs- und zur Verweigerungskampagne.

Alle drei Beschlüsse von Köln sind im vorliegenden ersten Rundbrief dieses

Jahres dokumentiert – teilweise ergänzt durch die inzwischen vom Koordinationsausschuß vorgenommenen Konkretisierungen.

Alle Friedensinitiativen sind aufgerufen, sich an den in der Plattform vorgeschlagenen inhaltlichen Diskussionen zu beteiligen und beiden von der Aktionskonferenz beschlossenen Kampagnen durch aktive Mitarbeit zum Erfolg zu verhelfen.

Wir hoffen, mit diesem Rundbrief dazu eine sinnvolle Hilfestellung gegeben zu haben. Auf daß auch 1984 keine Ruhe einkehrt in diesem Land!

Nr. 1 März 84

PLATTFORM
VOLKSBEFragung
VERWEIGERUNG
AUFRUFE
MATERIALIEN
TERMINE
ADRESSEN
PRESSEERKLÄRUNGEN



Inhalt:

Titel	S. 1
„Liebe Freunde“	S. 2
Plattform	S. 3
Plattform (Forts.)	S. 4
Plattform (Forts.)	S. 5
Zielsetzung Volksbefragung.....	S. 6
Zielsetzung (Forts.)	S. 7
Aufruf Volksbefragung.....	S. 8
Aufruf Forts.)	S. 9
Organisation Volksbefragung... S.10	
Organisation (Forts.)	S.11
Organisation (Forts.)	S.12
Rechtsfragen	S.13
Brief des Wahlleiters	S.14
Verweigerungskampagne	S.15
Verweigerung (Forts.)	S.16
Aufruf Verweigerung	S.17
Aufruf (Forts.)	S.18
Bestellschein	S.19
Plakat Volksbefragung	S.20

Impressum:

Redaktion: Jo Leinen
Klaus Scherenberg
Volker Schewe
Martin Singer
Bernd Wallmeier

Satz u. LayOut: Klaus Scherenberg

V.i.S.d.P.: Bernd Wallmeier

Druck: infobonn
Reuterstr. 10
5300 Bonn 1

Adresse: Koordinationsbüro der
Friedensbewegung
Estermannstr. 179
5300 Bonn 1

Tel.: 0228 - 67 82 31/32
0228 - 67 82 70/80

**Wichtig+++Wichtig+++Wichtig**

Viele Friedensinitiativen und Einzelpersonen haben auf die Aufforderung im letzten Schnellrundbrief, ihren Beitrag für den Erhalt des Rundbriefes '84 zu leisten bereits reagiert.

Dafür bedanken wir uns herzlich! Wir bitten alle, die das bisher versäumt haben, ihren Beitrag entweder durch Unterstützung für die Kampagne Volksbefragung oder direkt auf eines der Konten zu entrichten.

Den Rundbrief werden in Zukunft nur diejenigen weiter erhalten, die die Arbeit durch ihren Beitrag erst möglich machen.

Wir hoffen auf Euer Verständnis denn die Kassenlage zwingt uns dazu.

Die Mitgliedsorganisationen des Koordinationsausschusses nach der Kölner Aktionskonferenz - Adressen - Telefonnummern:

Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Blücherstr. 14 5300 Bonn 1, Tel. 0228-22 91 92;

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (AS/F), Jebenstr. 1, 1000 Berlin 12, Tel.: 030-31 02 61
Anstiftung der Frauen für den Frieden, Bundesallee 139, 1000 Berlin 41, Tel.: 030-85 28 479
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (AsF), Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1 Tel.: 0228-5321

Bundeskongress Autonomer Friedensgruppen (BAF), c/o Hamburger FrieKo, Jungfrauenthal 16, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040-39 09 222

Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040-39 31 56

Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Friedrich-Ebert-Allee 120, 5300 Bonn, Tel.: 0228-23 30 99

Demokratische Sozialisten, Hohe Str. 28, 6050 Offenbach 1

Deutsche Friedensgesellschaft-Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), Rellinghauserstr. 214 4300 Essen 1, Tel.: 0201-25 80 6

Deutscher Gewerkschaftsbund - Abt. Jugend, Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf 30, Tel.: 0211-43 01 1 (als Beobachter)

Evangelische Studentengemeinde (ESG), Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1

Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA), Rotstr. 40, 3400 Göttingen, Tel.: 0561-43 34 5

Frauen in die Bundeswehr?—Wir sagen Nein!, c/o Mechthild Jansen, Luxemburgerstr. 186, 5000 Köln 41, Tel.: 42 88 42

DIE GRÜNEN, Colmantstr. 36, 5300 Bonn, Tel.: 0228-69 20 21

Gustav-Heinemann-Initiative, c/o Gerd Pflaumer, Rosenweg 62, 5357 Buschhoven

Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS), Postf. 22 80, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228 53 22 92

Initiative Kirche von Unten (IKvU), Heerstr. 205, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228-69 21 65

Jungdemokraten - Bundesvorstand, Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228-21 09 52

Jungsozialisten in der SPD - Bundesvorstand, Ollenhauerstr. 1, 5300 Bonn 1 Tel.: 0228-53 21

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ), Gottesweg 52, 5000 Köln Tel.: 0221-36 16 76

Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal, Tel.: 06068-26 08

Konferenz der Landeschülervertretungen NW, Friedrichstr. 61 a, 4000 Düsseldorf 1, Tel.: 0211-37 88 60

Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam, Bodelschwingstr. 13, 3500 Kassel, Tel.: 0561-77 28 58

Liberale Demokraten (LD), Reuterstr. 44, 5300 Bonn, Tel.: 0228-63 76 23

Ohne Rüstung Leben, Kornbergerstr. 32, 7000 Stuttgart 1, Tel.: 0711-22 18 19

Pax Christi, Windmühlenstr. 2, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 0611-23 39 07

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ) - Bundesvorstand, Asselner Hellweg 106 a 4600 Dortmund 13, Tel.: 0231-27 54 5

Sozialistische Jugend Deutschlands „DIE FALKEN“ - Bundesvorstand, Kaiserstr. 27, 5300 Bonn, Tel.: 0228-22 10 55

Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS), Kaiserstr. 71, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228-22 30 75

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), Rosertstr. 4, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 72 76 49

* * * * *

In eigener Sache:

Anlässlich einer größeren Anzahl verunsicherter Anrufer und einiger "böser" Briefe müssen wir an dieser Stelle einen Vorfall aufgreifen, der einige Aufregung verursacht hat:

Viele Friedensinitiativen erhielten kürzlich parteipolitische Post von den GRÜNEN. Die dabei verwendeten Adressaufkleber entpuppten sich schnell als solche der Friedensbewegung. Bei einigen Empfängern ist dadurch der Eindruck entstanden, wir hätten den GRÜNEN den Verteiler des Koordinationsbüros zur Verfügung gestellt.

Diesen Verdacht wollen wir hiermit ausräumen. Wie die GRÜNEN an den Friedensverteiler gelangt sind, wissen wir nicht. Wir selbst aber haben unseren Verteiler niemandem zur Verfügung gestellt und werden dies auch künftig nicht tun.

Wir nämlich wissen: Die meisten Menschen vertrauen darauf, daß ihre uns mitgeteilten Adressen ausschließlich für Zwecke der Friedensbewegung genutzt werden und nicht für irgendwelche parteipolitischen Ziele. Wir nehmen dieses Vertrauen ernst und fordern die GRÜNEN auf, derartige Aktionen künftig zu unterlassen.

Plattform

Beschluß der Kölner Aktionskonferenz vom 11./12. Februar 1984

Der Beschluß der Bundestagsmehrheit vom 22. November 1983 für die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ist eine Entscheidung gegen die Lebensinteressen der Bevölkerung. Die neuen Atomwaffen bringen für die Bundesrepublik nicht mehr, sondern weniger Sicherheit und erhöhen die Kriegsgefahr. Die begonnene Stationierung zwingt uns, den Widerstand gegen diese Raketen fortzusetzen. Die Stationierung ist Kernstück einer umfassenden militärisch und politisch offensiven Kriegsführungsstrategie der USA und der NATO im atomaren, konventionellen, chemischen und elektronischen Bereich (siehe auch Leitliniendokument, AirLand-Battle, Rogers Plan u.a.).

Angesichts dieser Situation fordert die Friedensbewegung:

- 1. Stopp der Stationierung der Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles und Abbau der bereits stationierten Raketen dieses Typs in Westeuropa; Rücknahme der sowjetischen Gegenmaßnahmen SS 21 und SS 22.
 - 2. Beseitigung aller in der Bundesrepublik gelagerten ABC-Waffen, NEIN zur Plutoniumproduktion (Wiederaufbereitungsanlagen, Schnelle Brüter).
 - 3. Stopp und Abbau der konventionellen Rüstung.
 - 4. Abbau von Atomwaffen mit dem Ziel, atomwaffenfreier Zonen und eines atomwaffenfreien Europas ohne gleichzeitige Erhöhung der konventionellen Rüstung in Ost und West.
 - 5. Eine Politik der Zusammenarbeit und Versöhnung, die nur durch konkrete Abrüstungsschritte Erfolg haben kann.
 - 6. Sofortiger Abbau des Rüstungsetats und Verwendung der Mittel für gesellschaftlich nützliche Aufgaben.
 - 7. Ablehnung jeglicher militärischer Intervention, Rohstoffausbeutung und Unterdrückung von Emanzipationsbestrebungen. Stop der Rüstungsexporte und Solidarität mit den Befreiungsbewegungen in der 3. Welt.
 - 8. Überwindung von Geist, Logik und Politik der Abschreckung.
- 2.a) Die Doktrin der Abschreckung und mögliche Alternativen sowie die Auswirkung auf die Rüstung in Ost und West.
 - b) einseitige Abrüstungsschritte — Gleichgewicht — gleiche Sicherheit.
 - c) Entwicklung alternativer Verteidigungs- bzw. Sicherheitskonzepte.
 - 3. Die Sowjetunion hat die Aufstellung von Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa mit der Aufstellung der Raketen SS 21 und SS 22 in der CSSR und DDR beantwortet. In der Friedensbewegung gibt es in der Bewertung dieser Maßnahme unterschiedliche Positionen. Erste Positionen werden im Anhang kurz skizziert.
 - 4. Blockübergreifende Friedensbewegung — internationale Zusammenarbeit der Friedensbewegung.
 - 5. Zusammenhang zwischen Hochrüstung und Sozialabbau.
 - 6. Hochrüstung und Dritte Welt.
 - 7. Die Geschichte und das aktuelle Verhältnis von Militarismus und Frauenunterdrückung ist dringend zu begreifen. In der Situation von Kriegsvorbereitung und weltweiter Krise wird die Mehrheit der Frauen wieder von sinnvollen und qualifizierten Arbeitsplätzen verdrängt, ihrer sozialen Rechte und ihres Recht auf Selbstbestimmung beschnitten und in eine reaktionäre Mutterrolle gedrängt.

Die Aktionskonferenz ruft die Friedensinitiativen auf, zur Vorbereitung der nächsten bundesweiten (Aktions-) Konferenz am 5./6. Mai 1984 folgende Themenbereiche verstärkt zu diskutieren:

- 1. Angesichts der Tatsache, daß sich die NATO immer mehr zu einem Bündnis mit Kriegsführungsoptionen entwickelt (vgl. AirLand-Battle usw. wie auch die entsprechenden Aufrüstungsprogramme), ist eine Problematisierung und Klärung unseres Verhältnisses zur NATO dringend geboten.

Die vielfältigen Aktionen im Herbst 1983 haben das Anwachsen der Friedensbewegung eindrucksvoll demonstriert. Den weiteren Zusammenhalt der Beteiligten in ihrer sozialen, weltanschaulichen und politischen Vielfalt zu bewahren, immer mehr Bevölkerungskreise zur Mitarbeit in der Friedensbewegung zu gewinnen und inhaltliche Perspektiven in der gemeinsamen Diskussion weiterzuentwickeln, sind Voraussetzungen für unseren Erfolg.

In unserem Widerstand wehren wir uns gegen jede Ausgrenzung gegenüber Gruppen in der Friedensbewegung, seien es Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Kommunisten, Liberale, Christen, Autonome, Grüne oder andere. Wir wenden uns entschieden gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung von Teilen der Friedensbewegung.

In einer Zeit, in der die Frage Krieg oder Frieden zur Überlebensfrage der gesamten Menschheit geworden ist, erklären wir: Jeder, der mit uns gegen diese menschenverachtenden Kriegsstrategien kämpft, ist Teil der Friedensbewegung; dabei werden wir über ideologische und weltanschauliche Unterschiede weiterhin offen streiten. Noch mehr als in der Vergangenheit gilt es, die Dialogfähigkeit der Friedensbewegung weiterzuentwickeln.

Trotz bestehender Differenzen in verschiedenen Fragen schlagen wir vor, folgende Aktionen vorzubereiten und durchzuführen bzw. zu unterstützen:

- ★ eine Kampagne Volksbefragung mit Höhepunkt am 17. Juni und Abstimmungen in gesellschaftlichen Bereichen;
- ★ eine breit angelegte Kampagne zur Verweigerung aller Kriegsdienste sowie Maßnahmen der Militarisierung, z.B. Frauen in die Bundeswehr zu holen.

(Als weitere Aktionen wurden genannt: Internationaler Frauentag 8. März, Ostermärsche, 1. Mai, 1. September, Friedenswochen und Unterstützung des Kampfes der Gewerkschaften um die 35-Stunden-Woche.)

Es besteht die Absicht, aus den genannten Diskussionspunkten und Vorschlägen ein integriertes Gesamtkon-

zept für gemeinsame Aktionen im Herbst '84 bis zur Aktionskonferenz am 5./6. Mai 1984 zu entwickeln. (In der Diskussion sind: Manöver im Fulda Gap, bundesweite Aktionswoche, Stationierungsorte, Menschenkette und Friedensmarsch durch die Bundesrepublik.)

ANHANG (Bestandteil der Plattform)

1 Niemand in der Friedensbewegung will neue Atomraketen, weder im Westen noch im Osten. Jede vorurteilslose Betrachtung muß zu dem Ergebnis kommen, daß die US-Regierung mit Unterstützung der BRD alles getan hat, die atomare Aufrüstung durchzusetzen und die Sowjetunion durch hohe Kompromißbereitschaft versuchte, das zu verhindern.

Will die Friedensbewegung die atomare Aufrüstung in West- und Osteuropa stoppen, muß sie politischen Druck vordringlich auf jene ausüben, die sie verschulden.

Es geht nicht um das Problem des Gleichgewichts, sondern um den Versuch der US-Regierung, strategische Überlegenheit zu erlangen. Keiner kann eine Garantie dafür übernehmen, daß sie diese nicht nutzt, wenn es ihr erfolversprechend erscheint. Bisher hat sie immer die strategische Überlegenheit genutzt zu einer Politik der Stärke und militärischen Konfrontation. Nur dort,

Presseerklärungen

Koordinationsausschuß der Friedensbewegung unterstützt den gewerkschaftlichen Kampf für die 35-Stunden-Woche

Der Koordinationsausschuß hat auf der Grundlage eines Referats des IG-Metall-Vorstandsmitglieds Horst Klaus über das Verhältnis von Gewerkschaften und Friedensbewegung diskutiert. Horst Klaus informierte darüber, daß die Gewerkschaften gegenwärtig in der Frage der Arbeitszeitverkürzung, insbesondere im Kampf um die 35-Stunden-Woche in einem „gesellschaftspolitischen Konflikt von historischen Dimensionen“ stehen.

Ein Erfolg der Gewerkschaften in dieser Frage hätte Folgen, die weit

über die tarifpolitische Auseinandersetzung hinausreichen und wäre motivierend für das politische Engagement der Arbeitnehmer auch in anderen Konflikten wie der Friedensfrage.

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung erklärt seine Solidarität mit dem Kampf der Gewerkschaften gegen Arbeitslosigkeit und die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich. Alle Friedensgruppen sind aufge-

fordert, diesen Kampf im Rahmen ihrer Möglichkeiten zu unterstützen und den Zusammenhang von Rüstung und Sozialabbau deutlich zu machen.

Insbesondere der 1. Mai und der Antikriegstag 1. September sind Aktionstage, um auf allen Ebenen das praktische Zusammenwirken von Gewerkschaften und Friedensbewegung weiterzuentwickeln.

gez.: der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung

Koordinationsausschuß der Friedensbewegung ruft auf zur Teilnahme an der Menschenkette am 24. März in Lüchow-Dannenberg

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung begrüßt die Durchführung einer Menschenkette am 24. März im Landkreis Lüchow-Dannenberg.

Mit dieser Menschenkette soll der Protest gegen die Inbetriebnahme des Zwischenlagers und die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Dragahn zum Ausdruck gebracht werden.

Durch diese Wiederaufbereitungsanlage wird der Rohstoff für die Atombombenproduktion erzeugt. NEIN zu neuen Atomraketen muß deshalb

immer auch NEIN zur Plutoniumwirtschaft heißen.

Der Koordinationsausschuß ruft deshalb alle Friedensinitiativen, Bürgerinitiativen und Einzelpersonen auf, für diese Menschenkette zu mobilisieren und sich an dieser gemeinsamen Aktion von Friedens- und Ökologiebewegung zu beteiligen.

gez.: der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung



wo dies nicht möglich erschien, war sie zu mehr Realismus, Entspannung und Rüstungsbegrenzung bereit. Die östlichen Gegenmaßnahmen sollen deutlich machen, daß es auch in Zukunft nicht möglich sein wird, militärische Überlegenheit zu erlangen. Die Friedensbewegung muß dazu beitragen, daß dies in Zukunft politisch verhindert werden kann.

2 Die Sowjetunion und die Staaten des Warschauer Paktes unternehmen alle Anstrengungen, im Sinne der tödlichen Abschreckungslogik mithalten zu können. Wenngleich wir dies auf dem Hintergrund historischer Erfahrungen beurteilen, die die Sowjetunion oft genug die Leiden des westlichen Expansionismus spüren ließ, muß die Friedensbewegung die Aufrüstung

des Warschauer Paktes ablehnen, weil damit die Massenvernichtung ins Verteidigungskalkül einbezogen wird. Wir lehnen die jüngsten sowjetischen Rüstungsmaßnahmen auch deshalb ab, weil sie in keiner Weise eine friedenspolitische Perspektive eröffnen, sondern die Gefahr eines Kriegsausbruchs erhöhen.

3 Solange die Friedensbewegung die Kriegsvorbereitung gegen die Warschauer Vertragsorganisationen durch die NATO nicht stoppen und verhindern kann, muß sie einen neutralen Standpunkt gegenüber den Rüstungsmaßnahmen, einschließlich atomarer Abschreckungsmaßnahmen einnehmen. Die Frage unterschiedlicher Einschätzungen über die Rüstungspolitik der Sowjetunion sollte kein Spaltungspunkt werden.



FOTOS: Jens Katzek



Volksbefragung

Kampagne Volksbefragung 1984

Die selbstorganisierten Volksbefragungen am 17. Juni 1984 - eine bundesweite, dezentrale Demonstration der Friedensbewegung

Die Aktionskonferenz am 4./5. November 1983 hat beschlossen, im Jahre 1984 eine Volksbefragung zur Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles selbst durchzuführen, falls der Bundestag eine offizielle Volksbefragung ablehnt. Der Gesetzesentwurf der GRÜNEN für eine „konsultative Volksbefragung“ ist im Dezember von den drei anderen Fraktionen in erster Lesung abgelehnt worden. Der Koordinierungsausschuß hat daraufhin nach mehreren Überlegungen beschlossen, am 17. Juni 1984 vor den Wahllokalen bundesweit zu einer Aktion „Volksbefragung“ durch die Friedensbewegung aufzurufen.

Die Friedensbewegung muß bestrebt sein, auch im Jahre 1984 die breite Verankerung in der Bevölkerung und die massenhafte Zustimmung zu ihren Forderungen zu demonstrieren.

Ziel und Anspruch der Kampagne Volksbefragung

1 Die Kampagne Volksbefragung ordnet sich in den Gesamtrahmen der Aktionen der Friedensbewegung im Jahre 1984 ein. Sie schafft eine Brücke zwischen den Ostermärschen, dem Antikriegstag (1. Sept.) und den Herbstaktionen '84. Vor der Sommerpause nutzt sie die gesteigerte politische Aktivität anlässlich der Europawahl, um für die Forderungen und Aktionen der Friedensbewegung zu mobilisieren.

2 Die Kampagne Volksbefragung steht in engem Zusammenhang mit anderen Aktionen (wie z.B. der Verweigerung von Kriegsdiensten, Aktionen zivilen Ungehorsams, Ostermärschen). Teil der Kampagne Volksbefragung 1984 sind auch die Abstimmungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen (Schulen, Betrieben etc.) vor und nach dem 17. Juni 1984.

3 Die Volksbefragungen vor Wahllokalen am 17. Juni 1984 sollen viele Millionen Menschen in die Friedensdiskussion einbeziehen. Sie sind hierfür eine geeignete Aktionsform.

4 Die selbstorganisierten Volksbefragungen am 17. Juni sind keine Plebiszite sondern eine Demonstration. Sie sind eine dezentrale „Demonstration“ neuen Typs, nicht durch Demonstrationmarsch, Kundgebung, Menschenkette oder Blockade, sondern durch Abstimmung. In Form und Inhalt können die Volksbefragungen sich an ähnliche Aktionen (z.B. die Aktion „atomwaffenfreie Zone“) anlehnen. Wenn es gelingt, exemplarisch an möglichst vielen Orten Volksbefragungen durchzuführen, erhält dieser demonstrative Akt eine politische Qualität. So wie wir die Kundgebungen im Oktober „Volksversammlungen“ genannt haben, so nennen wir die Abstimmungen im Juni „Volksbefragungen“, um zu demonstrieren, daß ein großer Teil der Bevölkerung die atomare Aufrüstung ablehnt und

bereit ist, dies immer wieder durch neue Demonstrationen zu zeigen.

5 Durch die Aktion „Volksbefragung“ weist die Friedensbewegung erneut auf die fehlende Legitimation der Bundesregierung für die Stationierung hin. Gleichzeitig wird der Anspruch der Bevölkerung auf direkte Entscheidung in Überlebensfragen demonstriert.

Nur wenn viele Millionen Menschen durch demonstrative Akte die Forderungen der Friedensbewegung unterstützen, wird sich die Friedensbewegung durchsetzen können.

6 Die Volksbefragung ist eine politische Kampagne, bei deren Vorbereitung, Mobilisierung und Durchführung die gesamten Inhalte der Friedensbewegung eingebaut werden. In den Mobilisierungsveranstaltungen der nächsten Monate wird die Diskussion über AirLand-Battle, Rogers-Plan, Abschaffung aller ABC-Waffen, Stopp der konventionellen Aufrüstung, Rüstung und Arbeitslosigkeit, Ökologie und Rüstung in die Öffentlichkeit gebracht.

Die innenpolitische Auseinandersetzung mit den Befürwortern der Aufrüstungspolitik soll erneut zugespitzt werden.

7 Die Kampagne Volksbefragung ist keine Neuaufgabe von traditionellen Unterschriftensammlungen. Die Kampagne parallel zu den Wahlen und die Durchführung der Befragung vor den Wahllokalen ist eine aktive Einmischung in die traditionelle Politik. Diese Herausforderung wird landauf, landab zu vielfältigen Kontroversen über die Berechtigung von Friedensgruppen zu solchen Aktionen führen. Die Demonstrationsfreiheit steht in der Bewährungsprobe. Obwohl es keine „Bannmeilen-Regeln“ für Wahllokale gibt, werden Behörden und die politischen Gegner an vielen Orten versuchen, diese Volksbefragungen zu verhindern.

8 Viele Anhänger und Sympathisanten der Friedensbewegung finden mit der Kampagne Volksbefragung eine Aktion, die sie unmittelbar an ihrem Wohnort durchführen können. Das traditionelle Wegfahren vom eigenen Ort zu Großdemonstrationen, Menschenketten

oder Blockaden wird bei der Volksbefragung in äußerst dezentraler Form zurückverlagert an die Orte wo Menschen leben und wohnen. Die Kampagne Volksbefragung ist deshalb geeignet, neue Friedensinitiativen bis in die kleinsten Orte hinein neu entstehen zu lassen.

Organisatorischer Rahmenplan für die Kampagne Volksbefragung

Für die Umsetzung der Kampagne Volksbefragung durch die Friedensinitiativen sollten folgende Maßnahmen ergriffen werden:

1. Bildung von örtlichen Arbeitsstrukturen zur Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragungen: Arbeitskreise, Komitees, Bürgerausschüsse usw.
2. Gewinnung von Persönlichkeiten (Ärzten, Pfarrern, Betriebsräten, Richtern, Lehrern, Rechtsanwälten, Politikern usw.) und von Orts- und Stadtparlamenten zur öffentlichen Unterstützung der Volksbefragungen.
3. Öffentliche Mobilisierung durch:
 - a) Diskussions- und Informationsveranstaltungen zu den Forderungen der Friedensbewegung für eine Friedens- und Abrüstungspolitik
 - b) Plakatierung, Buttons, Aufkleber, Bürgerbriefe etc.
 - c) Nutzung von öffentlichen Werbeflächen (Busse, Straßenbahnen, Plakatflächen, Kinowerbung usw.)
4. Durchführung von Abstimmungen in Betrieben, Schulen, Stadtteilen und weiteren gesellschaftlichen Bereichen.
5. Frühzeitige förmliche Anmeldung der Volksbefragungsaktionen am 17. Juni (Informationen, Auskünfte und rechtliche Beratung durch das Koordinationsbüro).

6. Herstellung einer örtlichen und regionalen Koordination der Volksbefragungsaktionen.

7. Rückmeldung über die Planung von Volksbefragungsaktionen und Abstimmungen sowie über die Ergebnisse am 17. Juni an das Koordinationsbüro in Bonn.

8. Mobilisierung für die Volksbefragungen bei den verschiedenen Aktionen der Friedens- und Gewerkschaftsbewegung in den nächsten Wochen und Monaten.

9. Organisieren des Aktionsstandes am 17. Juni und exemplarischer Abstimmungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Hierzu wird im Koordinationsbüro ein detailliertes Aktionshandbuch erstellt.

10. Das Koordinationsbüro stellt Druckvorlagen für Stimmzettel, Ergebnislisten, Befragungslisten und für Flugblätter für Massensendungen bereit.

11. Im Vorfeld des 17. Juni sollen Mobilisierungsveranstaltungen nach dem Vorbild des „Parlaments der Mehrheit“ stattfinden.

12. Veranstaltungen am 17. Juni in Bonn und anderswo zur Auswertung der Ergebnisse.

Näheres zur Organisation und Vorbereitung der Kampagne Volksbefragung s.u. S. 10 - 14.

Unterstützt die Kampagne „Volksbefragung“!

Der Erfolg der Kampagne Volksbefragung ist abhängig von vielen aktiven Teilnehmern.

Wir benötigen daher einen alle Friedensinitiativen umfassenden „Friedensverteiler“.

Jede Friedensinitiative aus jedem Stadtteil, aus jedem Ort ist wichtig!

Unterstützt daher den umseitig abgedruckten Aufruf.

Verbreitet ihn bei Freunden und Bekannten, Nachbarn und Arbeitskollegen.

Verteilt ihn über Eure Gruppenverteiler und laßt ihn veröffentlichen.

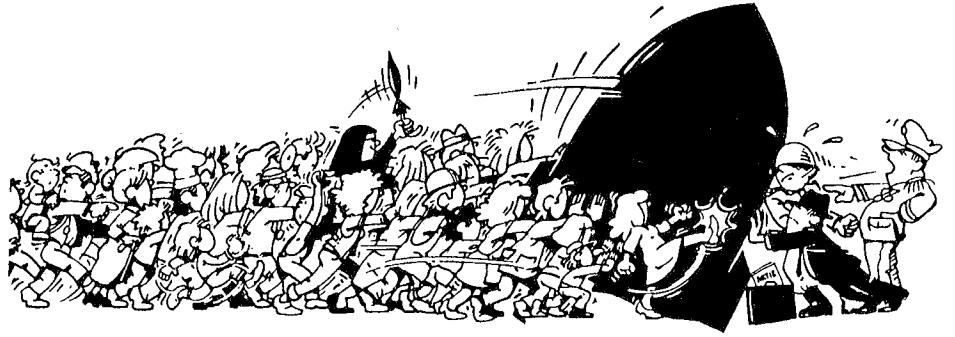
Leistet einen Beitrag zur Finanzierung der Kampagne Volksbefragung 1984!

Jeder noch so kleine Betrag hilft uns weiter!



STOP!

PERSHING II CRUISE MISSILES



JA ZUM FRIEDEN!

Keine Pershing II und Cruise Missiles

VOLKSBEFRAGUNGEN AM 17. JUNI '84

Millionen Menschen haben gegen die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik Deutschland protestiert. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Stationierung der neuen amerikanischen Mittelstreckenraketen ab.

Ungeachtet des Protestes der Millionen Menschen, ungeachtet der Warnungen vieler Wissenschaftler und anderer Berufsgruppen hat die Regierung mit dem Beschluß zur Stationierung neuer Mittelstreckenraketen begonnen, die Bundesrepublik noch mehr zur Startrampe und zur Zielscheibe für einen Atomkrieg zu machen.

Mit Stationierungsbeginn wird in Europa eine neue Aufrüstungswelle nicht nur mit atomaren sondern auch mit chemischen und konventionellen Waffen eingeleitet. Durch diese Politik wächst die Kriegsgefahr.

Die Bundesregierung versucht, mit Verharmlosungen über diese gefährliche Entwicklung hinwegzutäuschen. Sie hofft, daß sich die Bevölkerung an die Stationierung von Hunderten von Atomraketen in den nächsten Jahren gewöhnt und daß die Friedensbewegung resigniert.

Doch die Friedensbewegung wird die neue Aufrüstungsrunde nicht hinnehmen,

- weil durch die neuen Raketen die Kriegsgefahr in Europa wächst;
- weil die neuen Raketen die Bereitschaft erhöhen, Konflikte in anderen Teilen der Welt militärisch zu lösen und sie auf Europa zu übertragen, anstatt sie friedlich zu lösen;
- weil die neue Aufrüstungswelle das Vertrauen zwischen den Völkern vergiftet;
- weil Rüstung bereits heute täglich Tausende von Menschen in der Dritten Welt tötet;
- weil damit immer mehr Steuergelder in der Rüstung verschwendet werden, anstatt sie für die Überwindung der Arbeitslosigkeit und der ökologischen Probleme einzusetzen;
- weil endlich Schluß sein muß mit dem Rüstungswahn

Ohne Rüstungsstop können die drängenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht gelöst werden.

Die Stationierungsentscheidung der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen im Bundestag hat bei vielen Bürgerinnen und Bürgern zu der Forderung geführt, daß existenzielle Fragen unter direkter Einbeziehung der Bevölkerung entschieden werden müssen. Die Bundesregierung hat den Mehrheitswillen der Bevölkerung mißachtet. Deshalb wird die Friedensbewegung im Jahr 1984 den Mehrheitswillen der Bevölkerung deutlich sichtbar machen.

Der Mehrheitswille der Bevölkerung wird u.a. durch Abstimmungen, Befragungen und sonstige Willensbekundun-

gen in Schulen, Betrieben, Berufsgruppen und anderen gesellschaftlichen Bereichen zum Ausdruck gebracht.

Am 17. Juni 1984 wird die Friedensbewegung vor den Wahllokalen, ähnlich wie in anderen europäischen Ländern, anläßlich der Europawahl eigenständige Volksbefragungen zur Raketenrüstung organisieren.

Mit dieser Initiative soll auch der Anspruch der Bevölkerung auf direkte Entscheidung in lebenswichtigen Fragen demonstriert werden.

Die Friedensbewegung wendet sich mit folgender Frage an die Bürgerinnen und Bürger:

Ich lehne die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles ab.

Ich fordere die Bundesregierung auf, den sofortigen Stop der Stationierung und den Abbau der bereits in der Bundesrepublik Deutschland stationierten Mittelstreckenraketen durchzusetzen.

Damit sollen ein Stop (Einfrieren) der atomaren Rüstung sowie Abrüstungsschritte in Ost und West – insbesondere der Abbau aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittel- und Kurzstreckenraketen – eingeleitet werden.

JA

NEIN

Der Koordinationsausschuß der Friedensbewegung ruft alle Bürgerinnen und Bürger ohne Unterschied der Parteizugehörigkeit, des Berufes oder der Religion auf, sich an den

Vorbereitungen aktiv zu beteiligen und an den Abstimmungen der selbstorganisierten Volksbefragungen teilzunehmen!

Stimmen Sie der Forderung nach Stop der Raketenstationierung und Abbau der bereits stationierten Raketen zu !

Mitglied im Koordinationsausschuß sind: Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF), Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste (AS/F), Anstiftung der Frauen für den Frieden, Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF), Bundeskongreß developmentpolitischer Aktionsgruppen (BUKO), Bundeskonferenz autonomer Friedensgruppen (BAF), Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Demokratische Sozialisten (DS), Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG-VK), Evangelische Studentengemeinde (ESG), Sozialistische Jugend Deutschlands - Die Falken (SJD), Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA), Frauen in die Bundeswehr - Wir sagen Nein!, Die Grünen, Gustav-Heinemann-Initiative (GHI), Initiative für internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS), Initiative Kirche von unten (IKVU), Deutsche Jungdemokraten (DJD), Jungsozialisten in der SPD (JUSOS), Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KoFAZ), Komitee für Grundrechte und Demokratie, Konferenz der Landeschülervertretungen (KdLSV), Koordinationsstelle Ziviler Ungehorsam (KoZU), Liberale Demokraten (LD), Ohne Rüstung Leben (ORL), Pax Christi, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), Vereinigte Deutsche Studentenschaften (VDS), Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BdA). Als Beobachter nimmt teil: DGB-Jugend (Bundesvorstand).



An den
Koordinationsausschuß, Estermannstraße 179, 5300 Bonn 1



(0228) 67 82 31/32 oder 67 82 70/80

Ich/Wir unterstütze(n) den Aufruf:

JA ZUM FRIEDEN – KEINE PERSHING II UND CRUISE MISSILES – VOLKSBEFRAGUNGEN AM 17. JUNI '84

Organisation/Name/Funktion :

Anschrift :

Unterschrift :

Den Beitrag in Höhe von DM(mind. DM 20,-) habe(n) wir/ich am überwiesen auf das Konto:

J. Leinen, Sonderkonto "Volksbefragung", Volksbank Bonn (BLZ 380 60 186), Konto-Nummer: 150 1492 015

J. Leinen, Sonderkonto "Volksbefragung", Postscheckamt Köln (BLZ 370 100 50), Konto-Nummer: 33 77 19 - 502

Verrechnungsscheck über DM (mind. DM 20,-) liegt bei (schnellste Bearbeitung !)

Bargeld in Höhe von DM (mind. DM 20,-) liegt bei.

Zur Weitergabe an Kollegen, Freunde und Bekannte bitte ich um kostenlose Zusendung von einigen weiteren Aufrufen

Die Unterstützer werden in den Verteiler aufgenommen und -soweit möglich- veröffentlicht. Sie erhalten die regelmäßigen Publikationen des Koordinationsausschusses.

V.i.S.d.P.: Klaus Scherenberg

Was ist zu tun?

Vorschläge zur Durchführung der Kampagne Volksbefragung

Eine Frage wurde in den vergangenen Wochen von den Friedensinitiativen besonders häufig an uns herangetragen: "Wie soll das denn nun konkret laufen mit der Volksbefragung? Was können wir tun, damit diese nächste Großdemonstration der Friedensbewegung zu einem Erfolg wird?"

Eine erste Antwort wollen wir im folgenden geben. Vorweg

jedoch sei gesagt, daß die Mobilisierung inzwischen konkrete Gestalt angenommen hat: Im Koordinationsbüro sind im vergangenen Monat ca. 800 Unterstützungserklärungen für die Volksbefragung eingegangen. Dies ist für den gleichen Zeitraum ein stärkerer Rücklauf als bei den "Herbstaktionen" 1983. Ein erfolgversprechender Anfang, den es jetzt in praktische Aktivitäten umzusetzen gilt.

Planungen des Koordinationsbüros

Die selbstorganisierten Volksbefragungen sind absichtlich auf einen Wahltag (17. Juni, Wahlen zum Europaparlament) gelegt worden. Wir wollen Millionen Menschen für unsere Forderungen gewinnen und damit zugleich als Friedensbewegung in den Wahlkampf eingreifen.

Der Erfolg unserer Aktion hängt entscheidend davon ab, daß alle Friedensinitiativen vor Ort aktiv an der Kampagne teilnehmen. Das Koordinationsbüro in Bonn wird die nötigen Hilfen bereitstellen und als bundesweite Organisationsstelle dienen.

MATERIALIEN

Zunächst kommt es darauf an, daß unsere Kampagne möglichst bald das Straßenbild in allen Städten und Dörfern prägt. Um dies zu ermöglichen, haben wir eine Reihe von Materialien erstellt, die Ihr ab sofort bei uns abrufen könnt.

Im einzelnen handelt es sich um:

- PLAKATE (dreifarbig) im Format Din A 1 und Din A 2 (vgl. auch Rückseite dieses Rundbriefs)
- PLAKATE (dreifarbig) im Format Din A 4 mit umseitiger Eindrucksmöglichkeit für örtliche Flugblätter, Bürgerbriefe, Veranstaltungshinweise usw.
- BUTTONS (dreifarbig, Durchmesser: 5 cm)
- AUFKLEBER (dreifarbig, Durchmesser: 12 cm)
- AUFRUFE zur Volksbefragung

In Vorbereitung sind ferner:

- ein ausführlicher "ORGANISATIONSLEITFADEN", der alle wichtigen praktischen, rechtlichen und politischen Fragen zur Volksbefragung erschöpfend behan-

delt und zugleich Druckvorlagen für Stimmzettel, Befragungs- und Ergebnislisten, Bürgerbriefe usw. enthält

- eine 'MASSENZEITUNG' zur Volksbefragung, die in zwei Ausgaben erscheint: Nr. 1 ist für Anfang April (zu den Ostermärschen), Nr. 2 für Anfang Juni vorgesehen. Beide Ausgaben werden auch über die inhaltlichen Diskussionen in der Friedensbewegung informieren (Kriegsführungsstrategien, NATO, Verweigerung, Verhältnis von Aufrüstung und Sozialabbau, Idee der Sicherheitspartnerschaft, Rüstungsexporte usw.). Die Zeitung wird jeweils in hohen Auflagen verfügbar sein und kann schon jetzt bei uns bestellt werden.
- ein sog. 'READER', der zur Vorbereitung der nächsten Aktionskonferenz die in der Friedensbewegung vertretenen Auffassungen zu verschiedenen Themen (s.o.: Plattform) dokumentiert und die inhaltliche Diskussion weiter fördern soll
- DIAS vom Volksbefragungs-Plakat zum Einsatz in der Kinowerbung u.v.m.

Einen Bestellschein mit diesen und weiteren Materialien findet Ihr auf Seite 19 dieses Rundbriefs. Bitte macht möglichst bald und zahlreich davon Gebrauch, bestellt auch schon jetzt die Materialien, die erst in einigen Tagen vorliegen, damit wir den Bedarf ungefähr einschätzen können. Insbesondere die Volksbefragungs-Aufrufe (Flugblätter) warten dringend auf Abruf. Sie sollten ab sofort überall massenhaft verteilt werden, um unsere Forderungen frühzeitig breit publik zu machen und neue Unterstützer für die Kampagne zu gewinnen.

AUSWERTUNG AM 17. 6.

Für die Auswertung der Volksbefragungen am 17. Juni haben wir bereits jetzt eine große Halle in Bonn angemie-

tet. Dort sollen am Abend des 17. 6. alle Ergebnisse zusammenlaufen und den Medien übermittelt werden. Näheres

zum Verfahren an diesem Tag wird dem "Organisationshandbuch" zu entnehmen sein.

Was sollte „vor Ort“ geschehen?

Um den 17. Juni - den Höhepunkt der Kampagne Volksbefragung - zu einem Erfolg für die Friedensbewegung zu machen, sind bereits jetzt vielfältige Aktivitäten erforderlich.

Möglichst viele Menschen sollten schon im Vorfeld des 17. 6. über Inhalt und Ziele der Volksbefragungen aufgeklärt werden, Abstimmungsstände für den Wahltag sind vorzubereiten, Genehmigungen zu beantragen, neue Helfer und Unterstützer müssen gewonnen werden und vieles mehr.

Damit all dieses erfolgreich funktionieren kann, müssen wir möglichst bald zu einer reibungslosen Kooperation und Koordination unserer Arbeit kommen.

ÖRTLICHE KOORDINATION

Wichtig ist einerseits, daß wir einen verzögerungslosen Kommunikationsfluß zwischen den Friedensinitiativen und dem Bonner Koordinationsbüro aufbauen. Vor allem aber ist auf lokaler Ebene eine solidarische Zusammenarbeit der einzelnen Initiativen vonnöten, denn unsere Kampagne lebt davon, daß sie von ALLEN Initiativen vor Ort getragen wird.

Den örtlichen Friedensgruppen schlagen wir deshalb vor:

- ★ nutzt die lokalen Friedensplenen oder Friedensforen, um die Aktionen vor Ort zu koordinieren
- ★ wo solche Zusammenschlüsse noch nicht bestehen: Nehmt Kontakt zu Euren Nachbarinitiativen auf, um über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. So kann vermieden werden, daß es am Wahltag vor Wahllokalen zu Überschneidungen kommt.
- ★ prüft gemeinsam, ob es sinnvoll ist, für die Durchführung der Volksbefragungen spezielle Arbeitsstrukturen (z.B. örtliche oder regionale "Arbeitsausschüsse Volksbefragung") zu schaffen
- ★ nehmt Kontakt zu bestehenden Landesberatungen, Ostermarschkomitees oder sonstigen regionalen Koordinationen auf
- ★ erfragt beim Bonner Koordinationsbüro die Adressen Eurer Nachbarinitiativen, sofern sie Euch nicht bekannt sind
- ★ teilt uns möglichst bald mit, welche Wahllokale Ihr betreiben wollt bzw. für welche Region Ihr die Koordination der Volksbefragungen übernehmt
- ★ Schickt uns in jedem Fall den dem Volksbefragungsauftrag angefügten UNTERSTÜTZUNGSABSCHNITT zurück, damit wir Euch in den Verteiler aufnehmen und stets mit aktuellen Informationen versorgen können. Bewegt auch andere Gruppen und Personen, den Unterstützungsabschnitt auszufüllen, damit wir einen möglichst breitgefächerten Verteiler aufbauen können.

Alle uns bis Anfang April mitgeteilten örtlichen und regionalen Kontaktadressen werden wir im 'Organisationsleit-

faden' veröffentlichen, damit jede Gruppe oder Person weiß, an wen sie sich zwecks Mitarbeit bei den Volksbefragungen in ihrer Region wenden kann.

ANMELDUNGEN

Um sicherzustellen, daß die Volksbefragungen am 17. Juni tatsächlich vor vielen Wahllokalen stattfinden können, sollten vor Ort möglichst bald folgende Maßnahmen eingeleitet werden:

- ★ durch Anfragen beim zuständigen Wahlamt (Kreis- oder Stadtwahlleiter) zunächst Anzahl und Ort der Stimmbezirke (=Wahllokale) feststellen. Eine entsprechende Liste wird vor der Wahl immer veröffentlicht, so daß Ihr sie bei den Wahlämtern ohne Probleme erhalten könnt.
- ★ die in Frage kommenden Wahllokale "in Augenschein nehmen" und **UMGEHEND** die erforderlichen Genehmigungen beantragen. Beachtet dabei bitte die unten (S. 13) aufgeführten rechtlichen Hinweise oder zieht den 'Organisationsleitfaden' zu Rate
- ★ Auswahl und Aufteilung der Stimmbezirke nach geeigneten Kriterien und unter Berücksichtigung der zu erwartenden personellen Stärke

Die drei genannten Schritte sollten schon deshalb möglichst bald erfolgen, weil nur so genügend Zeit verbleibt, eventuelle rechtliche oder technische Probleme zu lösen (z.B. Rechtsmittel einzulegen).

Damit unsere Kampagne am 17. Juni in jedem Fall durchgeführt werden kann, sollten die erforderlichen Genehmigungen **UNBEDINGT FÜR ALLE WAHLLOKALE** am Ort und ggf. **GLEICHZEITIG** beantragt werden.

Ist dies alles eingeleitet, können sich recht bald Probleme mit Behörden oder dem politischen Gegner ergeben. Meldet Euch mit örtlichen Rechtsanwältinnen - aus Kostengründen möglichst solchen, die selbst friedenspolitisch engagiert sind. Gegebenenfalls können auch wir rechtliche Beratung geben, in jedem Fall aber für eine bundesweite politische Resonanz sorgen.

Wichtig ist es, gegen die Ablehnung einer Genehmigung in jedem Fall fristgerecht **WIDERSPRUCH** einzulegen. Wie man/frau dies macht, werden wir in Form von **MUSTERWIDERSPRÜCHEN** im 'Organisationsleitfaden' veröffentlichen.

MOBILISIERUNG

Zur Information der Bevölkerung über Inhalt und Ziele der Kampagne Volksbefragung halten wir Aufrufe, Zeitungen usw. bereit. Nutzt diese Materialien, um Stimmbezirk um Stimmbezirk (ca. 1500 Wahlbürger) mit Informationen zu versorgen. Namen und Adressen von Unterstützern geben wir auf Anfrage an Euch weiter.

UNTERSTÜTZER

Tretet schon jetzt an "Personen des öffentlichen Lebens" in Eurem Ort heran und bittet sie um öffentliche Unterstützung (Betriebsräte, Stadträte, Pfarrer, Ärzte, Lehrer, Juristen, Künstler usw.). Versucht, auf diese Weise UNTERSTÜTZERKOMITEES (BEIRÄTE) zu schaffen, um die öffentliche Beachtung der Kampagne zu erhöhen (bei allem: Immer örtliche Presse informieren!).

1. MAI/GEWERKSCHAFTEN

Nutzt die gewerkschaftlichen Veranstaltungen zum 1. Mai und die aktuellen Tarifauseinandersetzungen, um den Zusammenhang von Aufrüstung und Sozialabbau deutlich zu machen. Gewerkschaftsbewegung und Friedensbewegung haben den gleichen politischen Gegner! Das sollte sichtbar werden.

VERANSTALTUNGEN

Die selbstorganisierten Volksbefragungen am 17. Juni sind wie die Volksversammlungen im Oktober 1983 eine von der Friedensbewegung gewählte Form der Demonstration zur

vertieften öffentlichen Diskussion unserer inhaltlichen Forderungen. Im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung der nächsten Monate muß die Forderung nach einem STOP der atomaren Rüstung und der Abschaffung aller Atomwaffen stehen. In der Mobilisierungsphase vor dem 17. Juni sollten deshalb viele Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu diesen Zielen der Friedensbewegung stattfinden.

OSTERMÄRSCH

Die Ostermärsche 1984 bieten eine gute Möglichkeit zur massenhaften Mobilisierung für die Volksbefragungen. Unsere hierfür gedachten Materialien (Zeitung) stehen Anfang April zur Verfügung.

ORGANISATION

Bereitet schon jetzt den organisatorischen Ablauf des 17. Juni in Eurem Gebiet vor. Das bedeutet: Organisation von Infotischen, Stimmzettelbehältern (Urnen), Personal, "Beiräten"; Klärung der Frage: Was tun, wenn es ("Katzen und Hunde") regnet usw. WICHTIG: An den Abstimmungsständen darf KEINE PARTEIPOLITISCHE WERBUNG stattfinden!

Exemplarische Abstimmungen

Wichtiger Bestandteil der Kampagne Volksbefragung sind selbständige Abstimmungen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, die zugleich zur Mobilisierung auf den 17. Juni genutzt werden sollten.

Um Doppelzählungen zu vermeiden, werden diese exemplarischen Abstimmungen getrennt von den Befragungen am 17. 6. ausgewertet. Kommt es am 17. Juni auf die Stimme vieler einzelner an, so geht es bei den exemplarischen Abstimmungen mehr um das Ergebnis in einem gesellschaftlichen Bereich als ganzem. Die Auswertung könnte bei letzteren in etwa so aussehen: "In einer Abstimmung zur Raketenrüstung sprach sich am 1. 6. 84 80% der Belegschaft des XY-Betriebes für einen sofortigen Stop der Raketenrüstung aus".

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nachfolgend einige Aktionsbeispiele:

ATOMWAFFENFREIE ZONEN

Viele Städte, Kreise und Gemeinden haben sich in den vergangenen Jahren - oft gegen den Widerstand der Aufsichtsbehörden - zu atomwaffenfreien Zonen erklärt. Oft wurden solche Beschlüsse "kassiert", das Thema zu einem Politikum. Diese Erfahrungen sollten wir für die Kampagne Volksbefragung nutzen.

Überall sollte versucht werden, über Bürger- oder Parteienanträge die kommunalen Gremien zur Unterstützung der Volksbefragungen zu bewegen.

Wie dies im einzelnen (insbesondere in rechtlich einwandfreier Form) geschehen könnte, werden wir im 'Organisationsleitfaden' erläutern.

BUNDESWEHR

Die friedenspolitische Auseinandersetzung sollte verstärkt

auch in die Bundeswehr selbst hineingetragen werden. Zu diesem Zweck sollten die Friedensinitiativen Kontakt zu örtlichen Soldatengruppen aufnehmen und über gemeinsame Aktionen beraten. So könnten exemplarische Abstimmungen vor Kasernen durchgeführt werden, was ohne Zweifel einiges Aufsehen erregen und damit zu sinnvollen Diskussionen führen würde. Kontaktadressen von friedenspolitisch engagierten Soldatengruppen können u.a. über das Bonner Koordinationsbüro bezogen werden.

SCHULEN

Da die Masse der Schüler von den Europawahlen am 17. Juni ausgeschlossen ist, werden im schulischen Bereich eigenständige Volksbefragungen durchgeführt. Die Friedensinitiativen sollten daher Kontakt mit Landes-, Bezirks- und lokalen Schülervertretungen aufnehmen, um über Möglichkeiten wechselseitiger Unterstützung zu beraten. Abstimmungen zum Friedensthema in den Schulen werden zu einer Auseinandersetzung um das sog. "allgemeinpolitische Mandat" der Schülervertretungen führen - eine politische Kontroverse, die nur in unserem Interesse sein kann.

BETRIEBE

Der betriebliche Bereich, der augenblicklich in der wohl wichtigsten gesellschaftlichen Kraftprobe seit langem steht, kommt als weiterer Bereich für eigenständige Abstimmungen in Betracht. Die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche bietet auch die Möglichkeit, die friedenspolitische Diskussion in den Betrieben und Gewerkschaften weiter zu verstärken. Der Zusammenhang zwischen fortgesetzter Aufrüstung und Sozialabbau muß noch viel deutlicher werden.

Rechtliche Fragen

ALLGEMEINES

Die Aufstellung von Info-Tischen, Abstimmungsständen und Urnen auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist eine über den „normalen“ (genehmigungsfreien) Gebrauch hinausgehende „Sondernutzung“ und daher **GENEHMIGUNGSPFLICHTIG**.

Sie bedarf einer sog. Sondernutzungserlaubnis nach dem jeweiligen Landesstraßenrecht (ggf. auch einer Ausnahmegenehmigung nach § 46 Abs. 1 Zif. 8 StVO). Nähere Einzelheiten hierzu, insbesondere Musteranträge, finden sich im „Organisationshandbuch“.

ANTRAGSTELLER kann jede(r) Bürger(in) sein.

GENEHMIGUNGSBEHÖRDE, d.h. die Stelle, an die der Antrag gerichtet werden muß, ist das örtlich zuständige Straßenverkehrsamt (Ordnungsbehörde im Rathaus).

Sondernutzungserlaubnisse bzw. Ausnahmegenehmigungen können nur verweigert werden, wenn von den Tischen oder Ständen eine Gefahr für den Verkehr ausgeht (hier: Verkehrsbehinderung oder Behinderung des Wahlvorgangs).

AM WAHLTAG

Grundsätzlich gilt das oben Genannte auch vor Wahllokalen und an Wahltagen.

Vor dem Wahllokal gibt es kein Verbot von Wahlpropaganda, wenn diese im Wahlraum selbst nicht mehr wahrnehmbar ist (§ 32 Abs. 1 Bundeswahlgesetz; gleichlautend für Europawahlen).

Daraus folgt: erst recht die selbstorganisierten Volksbefragungen sind zulässig, da sie keine Beeinflussung der Wahl darstellen.

Für Flächen im **PRIVAT-** oder **SONDERGEBRAUCH** (gilt für Wahllokale die in Schulen oder sonstigen „privaten“ Gebäuden untergebracht sind) besteht normalerweise kein Anspruch auf Sondernutzungserlaubnis. An Wahltagen jedoch, wenn diese Flächen und Gebäude als Wahllokale genutzt werden, sind sie **ÖFFENTLICH ZUGÄNGLICH**. Nach § 31 Bundeswahlgesetz dürfen für solche öffentlich zugänglichen Plätze Sondernutzungserlaubnisse nicht verweigert werden.

Das Aufstellen von Tischen und Urnen vor Wahllokalen wird seit langem von Meinungsforschungsinstituten geübt und ist unbeanstandet geblieben. Für den Fall, daß beantragte Genehmigungen verweigert werden, liegen hier mögliche Berufungsfälle vor.

Politische Aktionen sind auch am Wahltag und vor den Wahllokalen möglich; lediglich die politischen Parteien haben sich selbst dazu verpflichtet, den Wahlkampf am Vorwahltag zu beenden.

KONKRETES VORGEHEN

Zunächst Anzahl und Ort der Stimmbezirke/Wahllokale feststellen und die Objekte besichtigen. Danach umgehend die erforderlichen Anträge stellen. Dabei ist Folgendes zu beachten:

- Tische und Urnen so aufstellen, daß die Wahl und die Wahlbeteiligung nicht behindert werden (Zugang zu den Wahllokalen, Verkehrsfluß usw.).
- Genehmigungen nach Möglichkeit für die Flächen seitlich des Eingangs (Haupteingangs) des Wahlgebäudes beantragen (je nach den durch Ortsbesichtigung festgestellten günstigsten Gegebenheiten).
- Von den Behörden nicht vom Wahllokal abdrängen lassen! Das Grundrecht der Meinungsfreiheit umfaßt auch das Recht, Meinungserhebungen auf breiter Basis durchzuführen. Dieses Recht nimmt die Friedensbewegung für sich in Anspruch.

panorama

Angst vor Volksbefragung

Bundeshwahlleiter Egon Hölder glaubt die Demokratie in Gefahr, wenn anlässlich der Europa-Wahlen am 17. Juni die Friedensbewegung vor den Wahllokalen ihre Volksbefragung zur Raketenstationierung startet. Das Recht der freien Wahl, belehrte Hölder in einem Brief die Rüstungsgegner, werde nicht nur durch

das Wahlgeheimnis geschützt. Dazu gehöre auch „der absolut ungehinderte, unbehelligte Zugang zum Wahllokal“, der nicht „durch mögliche subjektive Pressionen, durch den öffentlichen Zwang zu einer ebenso öffentlichen ‚Vorabstimmung‘ vor dem Wahllokal eingeschränkt werden“ dürfe. Die Warnung des Wahlleiters an die Friedensfreunde ist ganz im Sinne der Regierenden. Die selbstorganisierte Volksbefragung gegen die Stationierung, fürchtet der Staatsminister im Kanzleramt, Friedrich Vogel, könnte der Friedensbewegung „noch einmal die Chance einer umfassenden Aktivierung bieten“.

DER SPIEGEL
Nr. 8 / 1984

Die hier aufgezeigten Anregungen zur politischen und organisatorischen Umsetzung der Kampagne Volksbefragung stellen nur einen kleinen Ausschnitt aus den vielfältigen Möglichkeiten dar. Entscheidend bleibt bei allem die Eigeninitiative der örtlichen Initiativen und die solidarische Zusammenarbeit mit allen Kräften der Friedensbewegung.

Mit der Kampagne Volksbefragung hat die Friedensbewegung ein politisches Mittel entwickelt, das geeignet ist, der friedenspolitischen Diskussion auch im Jahre 1984 einen hohen Stellenwert zu geben.

DER BUNDESWAHLEITER

Gesch. Z. W 00/05

Bei Antwortschreiben bitte angeben

6200 WIESBADEN 1, 6. Februar 1984

Gustav-Strassmann-Ring 11
Postfach 69 28
Fennfor (0 61 21) 7051 200 Durchwahl
(0 61 21) 705 200 Hausapp.
Fernschreiber 04-186 511 ab d
Postcheckkonto: 89 71-608
FSCHA Ffm. (BLZ 500100 60)

09. FEB. 1984

Gegen Postzustellungsurkunde

An den

"Koordinationsausschuß Volksbefragung"
Estermannstraße 179

5300 Bonn 1

Sehr geehrte Damen und Herren!

Aus der Presse entnehme ich Ihre Absicht, auch am Tag der Wahl zum Europäischen Parlament am 17. Juni 1984 in der Nähe der Wahllokale bundesweit eine "Volksbefragung", also eine private Unterschriftenaktion für Ziele der hinter dem Ausschuß stehenden Vereinigungen durchzuführen.

Ich verstehe, daß Sie das durch die Wahl bedingte Zusammenkommen vieler Menschen an bestimmten Orten nutzen wollen, um für Ihre Ziele zu werben. Gerade dieses "Anhängen" an die öffentliche, also von der staatlichen Gemeinschaft aller Bürger organisierte Wahlhandlung ist aber rechts- und allgemein-politisch aus meiner Sicht als Bundeswahlleiter außerordentlich problematisch.

Ich bitte Sie zu bedenken, daß die Wahl in einem Staat wie der Bundesrepublik Deutschland mit einem repräsentativen Demokratiesystem der zentrale grundlegende Akt der Einflußnahme des Volkes als Souverän auf die Staatswillensbildung ist. Mit ihm wird jedem Bürger Gelegenheit gegeben, sich an der politischen Grundentscheidung für die nächsten Jahre zu beteiligen und diese mit zu formen. Da die Mehrheiten ausschlaggebend, aber auch die Anteile der Minderheiten für die Durchsetzung politischer Ziele bedeutsam sind, kommt es in einer Demokratie darauf an, daß möglichst viele Bürger in freier Entscheidung an diesem konstitutiven Akt der Wahl teilnehmen...

Das Recht der freien Wahl ist deshalb in Generationen erstritten und in Revolutionen durchgesetzt worden. Wir wissen alle, daß dieses Recht auch heute noch nicht überall in näherer und fernerer Nachbarschaft der Bundesrepublik Deutschland selbstverständlich ist.

Das Recht der freien Wahl wird nicht nur durch das Wahlgeheimnis geschützt, das durch die Einsamkeit in der Wahlzelle und die entsprechende Behandlung des Stimm Scheines gewährleistet wird. Zur Freiheit der Wahl gehört vielmehr auch der absolut ungehinderte, unbehelligte Zugang zum Wahllokal, der nicht durch mögliche subjektive Pressionen, durch den öffentlichen Zwang zu einer ebenso öffentlichen "Vorabstimmung" vor dem Wahllokal eingeschränkt werden darf. Darauf könnte aber möglicherweise im Ergebnis und für das Empfinden vieler Wähler die von Ihnen geplante "Volksbefragung" hinauslaufen, soweit sie im räumlichen Umfeld der Wahllokale stattfindet.

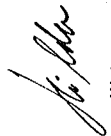
Ich appelliere daher an Ihre Bereitschaft, die demokratischen Lebensformen nicht nur rechtlich, sondern auch in der praktischen Übung lebendig zu erhalten, und bitte Sie bei Ihren Entscheidungen die angerissenen Zusammenhänge noch einmal zu überdenken. Auch die politischen Parteien unterlassen wegen dieser Zusammenhänge derartige Aktionen am Wahltag.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dem Wahltag seine Bedeutung ungeschmälert beließen, etwaige Aktionen also ggf. auf einen anderen Zeitpunkt verlegten und zumindest nicht in räumliche Verbindung mit den Wahllokalen brächten. Ich möchte zur Klarstellung noch ausdrücklich darauf hinweisen, daß mein Schreiben und meine Bedenken nicht mit dem Gegenstand Ihrer Aktion zusammenhängen, sondern daß ich mich als Bundeswahlleiter gegen jede Aktion, für welchen Zweck auch immer, wende, bei der der ungestörte Ablauf des Wahlvorganges in Frage gestellt wird.

Zu einem Gespräch über die hier angesprochenen grundsätzlichen Fragen bin ich selbstverständlich gern bereit.

Wegen der Bedeutung der Frage und der schon weit fortgeschrittenen Zeit habe ich den Bundeswahlausschuß, die Vorsitzenden des Wahlaufprüfungsausschusses und des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, die Landeswahlleiter und die Bundesgeschäftsstellen der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien von diesem Schreiben unterrichtet.

Mit freundlichen Grüßen



Hölder

(gekürzte Fassung! Die Red.)

Verweigerung

Friedensbewegung beschließt Verweigerungskampagne

Der Bundestag hat entschieden. Mit der Mehrheit der Abgeordneten von CDU/CSU und FDP wurde die Zustimmung zur Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen beschlossen.

Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung werden auf dem Boden unseres Landes Atomraketen vom Typ Pershing II und Cruise Missiles aufgestellt.

Wir wissen:

- die neuen Waffen sind Erstschlagswaffen, dazu bestimmt, einen Krieg auf Europa begrenzt führen zu können
- im Zusammenhang mit der verstärkten konventionellen und chemischen Aufrüstung sind sie Ausdruck einer neuen offensiven Militärstrategie der USA zunehmend auch ihrer NATO-Verbündeten
- durch sie erhöht sich die Gefahr eines Atomkrieges auf gefährliche Weise
- sie bringen also nicht mehr, sondern weniger Sicherheit

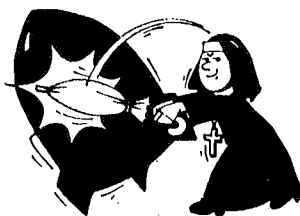
Als eine Antwort auf die Stationierung ruft die Friedensbewegung zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste auf.

Die Kölner Aktionskonferenz am 11./12. 2. 84 hat die Durchführung einer Kampagne zur umfassenden Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen beschlossen. Durch diese Kampagne soll neben anderen Aktionsformen eine Möglichkeit breiten Widerstandes eröffnet werden. Durch massenhafte, öffentliche und politisch motivierte Verweigerungen aller Kriegsdienste soll verdeutlicht werden, daß die Pläne der NATO nicht mehr auf die Unterstützung durch die Menschen in unserem Land bauen können.

Vor Stationierungsbeginn haben wir unser „NEIN“ gesagt - jetzt gilt es, das „NEIN“ zu tun! Ziel der Kampagne ist es, durch die Aufkündigung der Loyalität gegenüber der Militärpolitik des Staates deren Änderung zu erreichen. Denn langfristig ist eine Militärpolitik nicht aufrechtzuerhalten, wenn sich die Bevölkerung durch konsequente Nicht-Beteiligung ihr entgegenstellt.

Die Welle der Empörung seitens der Raketenbefürworter auf die „Heilbronner Erklärung“ prominenter Schriftsteller, in der sie zur Verweigerung des Dienstes in einer Bundeswehr aufrufen, die mit der Raketenstationierung zum Bestandteil eines militärischen Offensivkonzeptes gemacht wird, dokumentiert eindrucksvoll, die Wichtigkeit der Verweigerung. Aber nicht nur Wehrpflichtige, Soldaten, Reservisten oder zukünftige Bundeswehrangehörige können durch ihre Verweigerung gemäß Art. 4 Abs.3 GG ihren Widerstand und ihre Entschlossenheit, die friedensgefährdende Politik der NATO nicht länger zu unterstützen, deutlich machen.

Die Durchsetzung der militärischen Vorstellungen der NATO bedarf neben einer einsatzfähigen und bereiten Armee einer entsprechenden Infrastruktur im Hinterland, im Sanitäts- und Rettungswesen, vor allem aber einer wehrbereiten Mentalität der Bevölkerung.



Das Konzept zur Gesamtverteidigung beruht sowohl auf der militärischen wie auch auf der zivilen Verteidigung. Jedermann ist für den „Ernstfall“ schon jetzt in irgendeiner Weise verplant.

Daraus ergibt sich die Möglichkeit, ja Notwendigkeit für viele Menschen, ihre eingeplante Unterstützung eines solchen Gesamtkonzeptes politisch und öffentlich zu verweigern.

Die Kampagne zur massenhaften und umfassenden Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen will die Verweigerungen der einzelnen Bevölkerungsgruppen und Berufsgruppen durch eine gemeinsame Verweigerungsförmel bündeln, die von allen unterzeichnet werden soll. Dadurch wird eine neue politische Brisanz geschaffen. Parallel zur Unterzeichnung dieser Selbstverpflichtungsförmel soll jeder die ihm entsprechende Verweigerung durchführen. Vielfältige Einzelinitiativen haben bereits gezeigt, wie diese Verweigerung - über den Bereich der direkten Kriegsdienstverweigerung von Wehrpflichtigen und Reservisten hinaus - auch in anderen Bereichen praktisch werden kann. Hier nur einige der Verweigerungsbereiche:

Frauen können schon heute im Falle eines Notstandes gemäß Art. 12 a GG zu zivilen Dienstleistungen im Sanitäts- und Heilwesen verpflichtet werden. Darüberhinaus reifen die Pläne, die zu erwartende Personallücke der Bundeswehr durch die freiwillige Dienstleistung von Frauen in den Streitkräften zu füllen.

Sowohl der Verplanung für den Notfall wie auch dem geplanten Bundeswehrdienst können Frauen eine Absage erteilen, indem sie sich schon heute verweigern und dies durch die Selbstverpflichtung

und durch eine entsprechende Ankündigung bei den zuständigen Behörden deutlich machen.

Kriegsdienstverweigerer, die Zivildienst geleistet haben, werden laut § 79 Zivildienstgesetz im Ernstfall zu unbefristetem Zivildienst herangezogen. Sie können durch Unterzeichnung der Verweigerungserklärung und gleichzeitiger Ankündigung ihrer Überwachungsverweigerung beim Bundesamt für Zivildienst ihre Mitwirkung am „Verteidigungs“-Konzept aufkündigen.

Beschäftigte im Gesundheitswesen nehmen schon heute an Zivilschutzübungen teil, lernen in der Kriegsmethodik erst den leichtverletzten, sprich wiederverwendbaren Soldaten zu behandeln, und werden dazu mißbraucht, in der Bevölkerung die Illusion aufrecht zu erhalten, es gäbe im Kriegsfall die Möglich-

Für die Verweigerungskampagne wird eine MASSENZEITUNG erstellt, die Anfang April fertig ist. In ihr wird die Aktion anhand konkreter Beispiele vorgestellt. BITTE SCHON JETZT BESTELLEN! (Bestellschein Seite 19)

keit ärztlicher Hilfe. Diese Verplanung zu verweigern und stattdessen über die Unmöglichkeit medizinischer Versorgung im Zeitalter des Atomkriegs zu informieren, kann Beitrag dieser gesellschaftlichen Gruppe sein.

Soweit nur einige Beispiele zur Konkretisierung der Verweigerungsverpflichtung.

Über den Ablauf der Kampagne im einzelnen wird noch entschieden.

Zur Zeit wird eine Aktionszeitung erarbeitet, die neben anderen Aktionsmaterialien bereits zu den Ostermärschen zur Verfügung stehen soll. Die Zeitung soll in Massenaufgabe von den Friedensinitiativen verteilt werden können. In ihr wird der Aufruf zur umfassenden Verweigerung sowie die jeweiligen Verweigerungsformen für einzelne Bevölkerungs- und Berufsgruppen ausführlich dargestellt sein. Wir bitten die Friedensinitiativen schon jetzt, diese Verweigerungskampagne in ihre Aktionsplanung vor Ort einzubeziehen!

VERWEIGERT ALLE KRIEGSDIENSTE UND KRIEGSVORBEREITUNGEN!

UNTERZEICHNET DIE SELBSTVERPFLICHTUNG ZUR UMFASSENDEN VERWEIGERUNG!

Wir bitten alle Friedensinitiativen, den nachfolgend abgedruckten Verweigerungsauftrag möglichst nur im Zusammenhang mit der Aktionszeitung zu verbreiten, die in Kürze vorliegen wird. Allerdings ist die Unterzeichnung der Selbstverpflichtung zur umfassenden Verweigerung bereits jetzt möglich. Wir bitten dann um Rücksendung nachstehenden Abschnitts. Die Erklärung kann jeweils nur von Einzelpersonen unterzeichnet werden!



Termine



Aktionsvorschläge zu HERBST '84:

In der Arbeitsgruppe „Herbst '84 auf der 5. Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 11./12. Februar 1984 in Köln wurden unterschiedliche Vorschläge für mögliche Herbst-Aktionen diskutiert. Um allen Interessierten die Möglichkeit zu geben, sich über nähere Einzelheiten zu informieren, dokumentieren wir hier einige der Vorschläge mit den entsprechenden Kontaktadressen:

1. Manöverbehinderung und Menschennetz im „Fulda Gap“

c/o AG Aktionsherbst '84 Fulda Gap
ABC-Laden
Ohmstr. 12
6400 Fulda

Am 7./8. April findet in der Fachhochschule Fulda, Marquardstr. 35 ein bundesweites Vorbereitungs- und Arbeitstreffen statt.

Beginn: Samstag, 13.00 h

2. Bundesweite oder internationale Menschenketten

c/o Wolfgang Prause
Ohlsfelderstr. 5
2000 Hamburg 65

3. Friedensmarsch durch die Bundesrepublik

c/o Helmut Weber
Bautzenerstr. 19
1000 Berlin 62
Tel.: 030 - 78 49 38 3

Termine und Veranstaltungen

Dauercamp in Mutlangen, ab Ostern mit bundesweitem Unterstützerwunsch

c/o Forststr. 3
7075 Mutlangen
Tel.: 07171 - 76 21 0

Treffen betrieblicher Friedensinitiativen Ruhr '84 am 31. März 1984, in der Gesamtschule Dortmund-Scharnhorst.

c/o HOESCH-Friedensinitiative, Uli Schmitz
Ostermarschbüro Ruhr
Königswall 22
4600 Dortmund 1
Tel.: 0231 - 14 11 53

Einweihung der Startbahn West am 14. April 1984

c/o H. Arnold
Wilhelm-Leuschner-Str. 50 a
6082 Mörfelden-Waldorf
Tel.: 06105 - 37 26

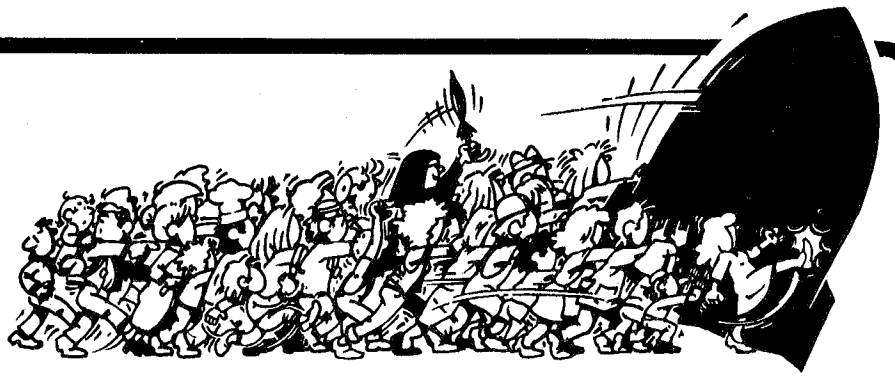
Flugtag in Ramstein am 24. Juni 1984

c/o St. Scholer
Semperstr. 28
6600 Saarbrücken
Tel.: 0681 - 37 91 2

Frauenwiderstandscamp im Hunsrück vom 2. Juli bis zum 31. August 1984

Tel.: 07687 - 83 45

PERSHING II CRUISE MISSILES NEIN!



VERWEIGERT JETZT!

AUFRUF ZUR VERWEIGERUNG ALLER KRIEGSVORBEREITUNGEN UND KRIEGSDIENSTE

Trotz millionenfachen Protests gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen und die damit verbundene Erhöhung der Kriegswahrscheinlichkeit haben sich die meisten Regierungen der Stationierungsländer und der USA über den Willen der Bevölkerung hinweggesetzt.

Die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles sowie die verstärkte konventionelle und chemische Aufrüstung sind Ausdruck einer neuen offensiven Militärstrategie der USA und zunehmend ihrer NATO-Verbündeten. Der Airland-Battle-Plan, die Kriegsführungs- und Enthauptungsstrategien in der "Verteidigungsrichtlinie" des Pentagon

sowie der Plan von NATO-Oberbefehlshaber Rogers erhöhen insbesondere durch ihren Gesamtzusammenhang die Kriegsgefahr. Mit diesen Konzepten sollen militärische Konflikte in der Dritten Welt und in Europa mit konventionellen, chemischen und atomaren Waffen führbar und letztlich gewinnbar gemacht werden.

Diese Entwicklung lehnen wir ab. Aktives Handeln gegen diese wachsenden Kriegsgefahren ist das Gebot der Stunde. Deshalb rufen wir zur Verweigerung von Kriegsvorbereitungen in allen gesellschaftlichen Bereichen auf.

Wir rufen zur Verweigerung aller Kriegsvorbereitungen und Kriegsdienste auf

Unser Ziel ist es, neben anderen Formen des gewaltfreien Widerstandes auch durch massenhafte und vielfältige Formen der Verweigerung militärische Offensivpläne von NATO und Bundeswehr zu durchkreuzen.

Deshalb rufen wir alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihre Verweigerung der Kriegsvorbereitung durch die Unterzeichnung folgender **SELBSTVERPFLICHTUNG** öffentlich zu machen:



Angesichts der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles und der Entwicklung neuer offensiver Militärstrategien innerhalb der NATO verweigere ich hiermit jede Form der Mitwirkung an Kriegsvorbereitungen.

Ich erkläre bereits jetzt, daß ich mich auch im "Ernstfall" allen Befehlen widersetze, die meine Einberufung zu militärischen oder zivilen Einheiten verlangen, die der Vorbereitung und Führung von Kriegen dienen.



Die Zustimmung zu dieser Verpflichtung erfordert entsprechend konsequentes Handeln. Formen der Verweigerung sind u.a.:

- Verweigerung des Kriegsdienstes durch Soldaten und Wehrpflichtige
- Verweigerung des Kriegsdienstes durch Reservisten
- Verweigerung aller bestehenden und geplanten Kriegs- und Kriegshilfsdienste durch Frauen
- Verweigerung jeglicher Wehrpflicht und Reservepflicht (Totalverweigerung)
- Verweigerung aller Tätigkeiten im Zivilschutz
- Verweigerung aller ABC-Abwehrausbildungen in Katastrophenschutz und Gesundheitswesen
- Verweigerung der Katastrophenmedizin und Gesundheitssicherstellung für den Atomkrieg sowie entsprechender Vorbereitungen hierauf
- Verweigerung der Mitwirkung an Kriegsgerichten
- Verweigerung von Wehrpropaganda und Wehrkunde an den Schulen und in den Medien
- Verweigerung von Rüstungsforschungen und Wehrkunde an den Hochschulen
- Verweigerung von militärischen und zivilen Überwachungsanordnungen
- Verweigerung von Kriegssteuerzahlungen
- Verweigerung aller in diesem Rahmen entstehenden Ausgaben und Maßnahmen in den kommunalen, Landes- und Bundesparlamenten.

Wir sind solidarisch auch mit denjenigen Menschen, die in der Bundeswehr und anderen gesellschaftlichen Bereichen aktiv gegen die Planung von Offensiv-Strategien und gegen die Vorbereitung des Einsatzes von Massenvernichtungswaffen politisch arbeiten und Widerstand leisten.

Der politische Preis für eine neue offensive Militärstrategie der USA und ihrer NATO-Verbündeten wird umso höher, je mehr Menschen ihrer Verweigerung weiteres friedenspo-

litisches Handeln folgen lassen, Alternativen entwickeln und öffentlich machen.

Die Verweigerungen werden den zuständigen Behörden angezeigt sowie auf örtlicher Ebene bekanntgemacht und in der Geschäftsstelle des Koordinationsausschusses gesammelt. Darüberhinaus wird es gemeinsame Aktionen der Verweigerer geben.

Spendenaufruf

Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung hat am 11./12. 2. 1984 in Köln u.a. die Durchführung einer Kampagne zur umfassenden Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen beschlossen. Die Kampagne hat das Ziel, die verschiedenen Verweigerungsformen zusammenzuführen und durch eine gemeinsame Verweigerungserklärung zu bündeln, um so deren politische Brisanz zu erhöhen.

Mit der Aktion soll die Bevölkerung aufgerufen werden, der Regierung gegenüber ihre konsequente Nichtbeteiligung an einem militärischen Sicherheitskonzept zu erklären, das sich

Angeichts der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles und der Entwicklung neuer offensiver Militärstrategien innerhalb der NATO verweigere ich hiermit jede Form der Mitwirkung an Kriegsvorbereitungen. Ich erkläre bereits jetzt, daß ich mich auch im "Ernstfall" allen Befehlen widersetze, die meine Einberufung zu militärischen oder zivilen Einheiten verlangen, die der Vorbereitung und Führung von Kriegen dienen.

Die Durchführung dieser Kampagne erfordert die Bereitstellung vielfältiger Aktionsmaterialien, die Verbreitung einer Aktionszeitung mit Massenaufgabe und die kontinuierliche personelle Betreuung.

Dazu brauchen wir Ihre Hilfe und Unterstützung! Wir bitten ganz dringend um Spenden für die Verweigerungskampagne auf die Konten:

G. Greune, Sonderkonto "Verweigerungskampagne", Bank für Gemeinwirtschaft Bonn (BLZ 380 101 11), Konto-Nummer: 102 634 1800.

An den
Koordinationsausschuß - Verweigerungskampagne -
Estermannstraße 179, 5300 Bonn 1

Tel.: (0228) 67 82 31/32

Hiermit unterzeichne ich die Selbstverpflichtung zur Verweigerung aller Kriegsdienste und Kriegsvorbereitungen:

Angeichts der Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles und der Entwicklung neuer offensiver Militärstrategien innerhalb der NATO verweigere ich hiermit jede Form der Mitwirkung an Kriegsvorbereitungen. Ich erkläre bereits jetzt, daß ich mich auch im "Ernstfall" allen Befehlen widersetze, die meine Einberufung zu militärischen oder zivilen Einheiten verlangen, die der Vorbereitung und Führung von Kriegen dienen.

Name (Titel/Beruf) :

Anschrift :

Unterschrift :

Mit der evtl. Veröffentlichung meines Namens oder der Weitergabe meiner Anschrift an örtliche Friedensinitiativen bin ich

einverstanden

nicht einverstanden

Wir bitten Sie/Euch, die Unterzeichnung der Verweigerungserklärung mit einer Spende für die Durchführung der Kampagne zu verbinden! Konten: s.o. (Spendenaufruf).



Bestellschein

LIEFERUNG NUR GEGEN VORKASSE!



Ich/Wir

.....
 Name Straße PLZ/Ort

bestellen:

Plakate "Volksbefragung" Din A 1 Stück a 0, 60 DM DM
Plakate "Volksbefragung" Din A 2 Stück a 0, 40 DM DM
Plakate "Volksbefragung" Din A 4 Stück a 0, 10 DM DM
Buttons "Volksbefragung" Stück a 1, 50 DM DM
Aufkleber "Volksbefragung" Stück a 1, 00 DM DM
Dias "Volksbefragung" (Kleinformat für Kinowerbung) Stück a 5, 00 DM DM
Aufrufe (Flugblätter) "Volksbefragung" Stück a 0, 05 DM DM
Massenzeitung "Volksbefragung" (Anfang April, Preis incl. Porto) Stück a 0, 10 DM DM
Organisationsleitfaden "Volksbefragung" (Mitte April) Stück a 3, 00 DM DM
Rundbrief '84 Nr. 1 (dieser) Stück a 0, 50 DM DM
Rundbrief '84 Nr. 2 (Mai) Stück a 0, 50 DM DM
Massenzeitung "Verweigerung" (Anfang April, Preis incl. Porto) Stück a 0, 10 DM DM
Plakate "WEHRT EUCH!" Din A 1 (Sonderpreis) Stück a 0, 40 DM DM
Buttons "WEHRT EUCH!" (Sonderpreis) Stück a 1, 00 DM DM
T-Shirt Größe 6 7 8 Stück a 10, 00 DM DM

VERSANDKOSTEN: Bestellwert bis 50,00 DM = 5,00 DM
 100,00 DM = 7,00 DM
 200,00 DM = 11,00 DM
 300,00 DM = 15,00 DM

ab 300,00 DM = 5 % der Bestellsumme

(Bei Berechnung der Versandkosten bitte beide Massenzeitungen NICHT berücksichtigen, da Porto inclusive !)

Summe	DM
Versandkosten (s. links)	DM
GESAMTBETRAG	DM

Den Betrag von DM habe(n) ich/wir am bezahlt

- an J. Leinen, Sonderkonto "Volksbefragung", Volksbank Bonn (BLZ 380 60 186), Kto.-Nr.: 150 1492 015
- an J. Leinen, Sonderkonto "Volksbefragung", Postscheckamt Köln (BLZ 370 100 50), Kto.-Nr.: 33 77 19 - 502
- durch beiliegenden Verrechnungsscheck über DM (SCHNELLSTE BEARBEITUNG !)
- durch beiliegendes Bargeld in Höhe von DM

BITTE EINSENDEN AN:
KOORDINATIONSBÜRO
 Estermannstraße 179
 5300 Bonn 1

STOP!

PERSHING II CRUISE MISSILES



VOLKSBEFRAGUNGEN AM 17. JUNI '84